

Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt

Geschichte und Prognosen

Herausgegeben von
Martin Robbe und Dieter Senghaas

Akademie-Verlag Berlin

ISBN 3-05-001139-4

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, Leipziger Straße 3–4, Berlin, DDR-1086
© Akademie-Verlag Berlin 1990
Lizenznummer: 202 · 100
Printed in Germany
LSV: 0235
Bestellnummer: 755 290 2 (9353)

Inhalt		
Vorbemerkung		7
Einstieg		11
Fritz Klein	1914 und 1934: Zwangsläufig oder abwendbar? Über Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung vor den beiden Weltkriegen	13
	Kooperation oder konfrontative Nachkriegsordnung	31
Wilfried Loth	Kooperative Nachkriegsordnung oder Kalter Krieg	33
Rolf Badstübner	Die Deutschlandfrage im Spannungsfeld zwischen internationaler Kooperation und Konfrontation (1943–1949)	51
Jochen Laufer	Das Problem der deutschen Reparationen in den Beziehungen der vier Besatzungsmächte 1945/46	59
Gerhard Keiderling	Die Berlinkrisen 1948 und 1961– Konfliktlösungen im Kalten Krieg	73
Karl Drechsler	Die Kuba-Krise 1962	91
Michael Lemke	Bundesrepublik und europäische Vertragspolitik in den Jahren 1969–1975	107
	Kalter Krieg – Kooperation. Grundlinien der Diskussion, wesentliche Inhalte und Probleme	121
	Konflikte in Asien und Afrika	129
Immanuel Geiss	Langfristige historische Voraussetzungen zeitgenössischer Konflikte in postkolonialen Nachfolgestaaten nach 1945, besonders in Schwarzafrika	131
Joachim Heidrich	Die asiatisch-pazifische Region: Konflikt-Rivalität-Kooperation	149

Dietrich Reetz	Das Konfliktpotential ethnisch-nationaler Prozesse in Asien und die Perspektiven einer asiatischen Friedensordnung	165
Udo Steinbach	Zwischen Politik und Chaos – Konfliktkonstellationen im Nahen Osten in den 80er Jahren	181
Karin Kulow	Lösungsmöglichkeiten des Nahostkonflikts	207
Wolfgang Schwanitz	Nahost: Regelungsansätze im Lichte der Intifāda	225
Gerhard Höpp	Religion im Konflikt. Gibt es eine islamische Lösung für Palästina?	249
Winrich Kühne	Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Überlegungen zu einem „Neuen Realismus“ in Afrika	267
Christian Mährdel	Der Eritrea-Konflikt am Horn von Afrika: Ursprung und Ausbruch	299
Klaus Brade	Südafrikas Expansionismus von Mitte der 40er bis Anfang der 60er Jahre. Zur Entstehungsgeschichte eines Konfliktherdes	323
Alfred Babing	Wege zur Konfliktlösung im südlichen Afrika durch systemübergreifende Zusammenarbeit	331
	Regionale Konflikte in Asien und Afrika: Diskussion	337
	Ein Europa demokratischer Rechtsstaaten: Modell für die Welt?	345
Dieter Senghaas	Perspektiven der Friedensgestaltung im Europa der 90er Jahre	347
Dietrich Reetz	Ist die Geschichte zu Ende?	367
Egbert Jahn	Tendenzen einer Zivilisierung des Ost-West-Konflikts in Europa	377
Hartwig Busse	Zur Perspektive internationaler Sicherheit	393
Wolfgang Scheler	Zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden	403

Bernd Peter Löwe	Deutsche(r) – quo vadis?	407
Martin Robbe	Jahrhundertwende in Sicht: Versuch einer Standortbestimmung	427
Lothar Brock	Regionaler Wandel und Weltfriedensordnung	441
Zukunftsansichten.	Zur Diskussion	455
Teilnehmerverzeichnis		463

Zukunftsansichten. Zur Diskussion

Der Umbruch in Osteuropa 1989 und die Perspektiven der Gestaltung einer europäischen Friedensordnung in ihren verschiedenen Dimensionen von der Gesellschafts- bis zur Militär- und Sicherheitspolitik sowie der Blick auf die globalen Folgen dieser Prozesse beherrschten das Gespräch zum dritten Themenkomplex.

Am Beginn stand die Diskussion zu den Beiträgen von SENGHAAS, REETZ und SCHELER. Die von SENGHAAS im Vorgriff auf sein neues Buch „Europa 2000. Ein Friedensplan“ – und in Ergänzung zu seinen eingereichten Beiträgen – vorgetragenen Überlegungen über eine Neuordnung Europas veranlaßten besonders, nach den Realisierungsmöglichkeiten zu schauen. ROBBE formulierte, dieser Plan enthalte zu sehr Wünschenswertes und zu wenig zu Erwartendes.

Einen Schwerpunkt der sicherheitspolitischen Diskussion bildete die Frage, ob – wie von SENGHAAS vorgeschlagen – das einzige Deutschland – neben einer NATO-Mitgliedschaft – die Verpflichtungen des Warschauer Vertrages voll übernehmen kann, mit allen bilateralen Abkommen, die die DDR in der Folge geschlossen hat, einschließlich der verschiedenen Freundschafts- und Beistandspakte (LOTH, LÖWE). Des weiteren erschien zweifelhaft, ob gegenwärtig ein institutionalisiertes kollektives Sicherheitssystem mit einem europäischen Sicherheitsrat und einem verbindlichen Konfliktbeilegungsmechanismus blockübergreifend machbar ist. Allein beim Teilnehmerkreis gebe es Unklarheiten – so LOTH: Wie weit wären die UdSSR und die USA einbezogen? Wenn nur mit den europäischen Militärkontingenten der USA und dem sowjetischen Territorium bis zum Ural, bedeute das eine nur teilweise Einbindung beider Großmächte, die der Vertrauensbildung und der globalen Wirksamkeit der europäischen Sicherheit sofort Grenzen setze. Sollte gar an der sowjetischen West- oder der Ostgrenze haltgemacht werden – mit den sich daraus ableitenden Komplikationen?

Stark umstritten war auch die Frage, welche gesellschaftliche Ordnung im Laufe der Einigung Europas im Osten des Kontinents Einzug hält. Deutliche Vorbehalte äußerten verschiedene Teilnehmer zu der Vorstellung, die SENGHAAS in seinen schriftlich eingereichten Papieren über den Modellcharakter des westeuropäischen liberalen Rechtsstaates mit seiner sozial ausgerichteten Marktwirtschaft formulierte. GEISS betonte, daß die von SENGHAAS und REETZ vertretenen gegensätzlichen Positionen kontradiktorisch zusammengehörten. So wie es keine echte Alternative zu einem einheitlichen Rechtsraum Europa und modifizierten marktwirtschaftlichen Prinzipien gäbe, dürften Warnungen vor einer vorschnellen Einebnung der osteuropäischen Identität nicht überhört werden. KÜHNE und andere BRD-Kollegen bezweifelten – bei aller Achtung vor vielen sozialen Errungenschaften in der DDR-Gesellschaftspolitik der letzten Jahrzehnte –, ob es sich dabei um wirklich landeseigene, von der BRD zu unterscheidende Identität handele oder vielmehr um ein Lebensgefühl, eine Haltung, die sich auch in bestimmten Schichten und Kreisen der BRD finde, wo man sich um soziale und demokratische Belange Sorge. Zudem sei fraglich, wie man diese lauten Absichten zur Bewahrung eigener Identität umsetzen wolle, wenn durch ihren Weggang aus der DDR die Masse mit den Füßen dagegen stimme. LAUFER hielt den kritischen Bemerkungen von JAHN und REETZ zum europäischen Einigungsprozeß entgegen, daß ihm ein Europa der Friedensstaaten erstrebenswert scheine und man dies nicht ablehnen sollte, nur um eine künstliche DDR-Identität zu erhalten. Strittig schien, ob, jenseits parteipolitischer Polemik, eine schnelle Einigung Deutschlands, die SENGHAAS nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD noch für dieses Jahr annimmt, tatsächlich zu erwarten sei und was ihre Folgen wären. LOTH fragte, wer dann nach den Interessen der DDR und ihrer Bürger sähe. SCHOLZ hielt einer Idealisierung des westeuropäischen Gesellschaftsmodells entgegen, daß sie eine anhaltend krisenfreie Entwicklung unterstelle. Die z.T. unerwarteten Einbrüche in der Wirtschaftsentwicklung der USA in den vergangenen Jahrzehnten deuteten auf das Risiko einer solchen Annahme hin.

Mehrere Teilnehmer lenkten den Blick auf die außerkontinentalen Wirkungen des europäischen Wandels. ROBBE betonte die Notwendigkeit, einen globalen Ansatz für die Folgebetrachtung der Prozesse in Europa und zwischen beiden Deutschlands zu finden: Wirke diese Entwicklung globalen Katastrophen entgegen oder bringe sie diese näher – etwa im Hinblick auf die Umweltbelastung durch eine verstärkte Industrialisierung Osteuropas? Notwendig sei ein neuer Fortschrittsbegriff:

Was macht den Menschheitsnutzen der Prozesse in Europa aus? Nachher sei schwer zu rekonstruieren, was zerstört wurde, z.B. an Solidarverhalten. JASCHINSKI formulierte die Frage nach der „sicherheitspolitischen Botschaft“ für die Dritte Welt, sollte es zu einer formalen europäischen Sicherheitsstruktur kommen. JAHN stellte sozial-zivilisatorische Probleme in den Vordergrund: Was für ein Europa sollte es sein, das da entsteht, und was ist daran realistisch? Ein „abendländisches“ Europa bis zur sowjetischen Westgrenze sei fragwürdig, bis zur sowjetischen Ostgrenze verliere aber der Europa-Begriff seine kategoriale Bedeutung. Er hielt ein geschlossenes Europa weltpolitisch für eine „Katastrophe“, da es als die geeinte Erste und Zweite der „übrigen“ Dritten Welt als weiße, christliche Welt gegenüberrete. HEIDRICH machte auf den Eigenbeitrag anderer Länder und Kontinente zur Gesellschaftsdebatte aufmerksam. Grundlage der Entwicklungsbeurteilung könne nur ein multilinearer, kein unilinearer Ansatz sein. Wenn man heute über den Sozialismus urteile, dürfe man nicht die befruchtende historische Wirkung der Sozialismus-Gedanken auf Konzepte in den ehemals kolonialen und abhängigen Ländern außer acht lassen, etwa die daraus resultierende sozial-emanzipatorischen Momente im asiatischen und exemplarisch im indischen Nationalismus. KÜHNE gab zu bedenken, daß die Angst vor der Übertragung europäischer Modelle in der Dritten Welt geringer sei als in dem Beitrag von REETZ angenommen. Eher würde die Befürchtung geäußert, daß sich die neue osteuropäische Konkurrenz nachteilig auf westliche Investitionen in der Dritten Welt auswirken könnte. BROCK anerkannte Bedenken, inwieweit SENGHAAS' Europa-Plan eine Abschottung des Kontinents von der übrigen Welt darstelle. Aber eine intensivere Kooperation in Europa müsse nicht zwangsläufig zu Lasten der Dritten Welt gehen, sondern setze auch neue Möglichkeiten frei, sich dort zu engagieren.

Das Gespräch zu den Beiträgen von JAHN und HOCKE führte die Themen Gesellschaftsprognose und Sicherheitskonzept für Europa weiter aus. LÖWE meinte zu HOCKE, die DDR-Militärs sollten die „Endzeitlichkeit“ der NVA akzeptieren. Überlegungen über die Aufgaben von DDR-Streitkräften in 10 Jahren hielt er für unzulässig – um so mehr, als die politische Hauptaufgabe des Warschauer Vertrages, den Sozialismus gegen imperialistische Aggressionen zu schützen, weggefallen sei. Die akuten Auflösungserscheinungen in der NVA, der die Soldaten nach Hause wegliefen, um ihre Arbeitsplätze in den Betrieben vor den anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen zu retten, und das faktische Ende des Warschauer Vertrages täten ein übriges dazu. Auch wenn der Ent-

militarisierung als Ziel und Ideal uneingeschränkt zuzustimmen sei, unterstrich HOCKE in seiner Antwort, spreche die bisherige praktische Erfahrung nicht für die Machbarkeit eines unbewaffneten Friedens durch plötzliche Nullösungen. Es sei dagegen möglich und notwendig, das Endziel stufenweise zu erreichen. Ein anderes Vorgehen könnte sich als konterproduktiv erweisen.

LOTH stellte die These von JAHN in Frage, daß im Zuge der Neugestaltung Europas der Antrieb zur Integration, wie er durch die Europäische Gemeinschaft repräsentiert werde, abnehme, da der gemeinsame Gegner fehle, gegen den es sich zusammenzuschließen galt. Für die bisherigen westeuropäischen Integrationsschritte hätte Außendruck eine nachgeordnete Rolle gespielt. Entscheidend seien die ökonomischen Anreize. Auch wandte er sich gegen eine pauschale Verwendung des Begriffs vom „Europäischen Haus“, da er zu statisch und gleichförmig sei. Notwendig sei eine abgestufte Ostausdehnung der EG-Integration über Assoziierungsschritte oder Verträge. Zu klären sei ferner, was Integration ausmacht. In Verbindung mit dem gemeinsamen Binnenmarkt müsse der integrierte Bereich Handlungskompetenz erhalten, die nicht ohne Aufgabe eines Teils der politischen Souveränität durch die Mitgliedsstaaten machbar wäre. KÖLM betonte im Zusammenhang mit Erläuterungen zur sowjetischen Europapolitik, daß vieles in Europa vom weiteren Verlauf der inneren Entwicklung in der UdSSR abhängt.

Mehrfach wurde die Meinung von JAHN aufgegriffen, daß den gescheiterten Realsozialismus u.a. auch ein besonderes Theoriedefizit zum Bürokratismus gekennzeichnet habe. SCHWANITZ wies auf die von Lenin bereits 1916 geäußerte Furcht vor einer asiatischen Restauration hin. KÜHNE erinnerte an die Illusion des orthodoxen Marxismus, man könne durch die Schaffung überlegener Produktionsverhältnisse alles regeln. Interessant seien in diesem Zusammenhang Forschungen amerikanischer Sozialwissenschaftler in der „Chaos-Theorie“, die von einem strukturell begründeten „Rest“ von Unaufklärbarkeit und deren Nützlichkeit in der Gesellschaft ausgingen. In seiner Antwort verwies JAHN auf die Unausweichlichkeit weiterer Bürokratisierung der Gesellschaft im Maße zunehmender Verflechtungen. Dabei spiele die Ökologie eine besondere Rolle, die nach seinem Verständnis den Sozialismus-Begriff deutlich mache als „Vergesellschaftung der Natur“. Die Messung und Erfassung von Umweltdaten erfordere einen zunehmenden Ausbau der Bürokratie. Wichtig sei daher generell, ein progressives Bürokratie-Modell anzustreben, das von konkurrierenden Strukturen ausgehe, die sich gegenseitig kontrollierten, und dabei zunehmend auch nichtstaatli-

che Bürokratie-Strukturen, worunter er auch alle gesellschaftlichen Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. verstand, einbeziehe. Auf die Entwicklung in der Sowjetunion eingehend, stellte er Überlegungen dazu an, welche Gesellschaftsauffassung die Nachfolge des orthodoxen Kommunismus antrete. Neben der Tendenz zur „Verwestlichung“ einzelner politischer Kräfte und geografischer Regionen im Sinne der Anlehnung an das westeuropäische liberale Rechtsstaats-Modell mit sozialer Marktwirtschaft im Gefolge einer „Sozialdemokratisierung“ der Kommunisten betonte er die Gefahr eines aufkommenden „Klerikalstalinismus“, einer Allianz aus alten Sicherheitsstrukturen, russisch-orthodoxer Kirche und großrussischem Chauvinismus, die eine „Verstüchtung“, d.h. die Verfestigung typischer Strukturen eines Entwicklungslandes, begünstige.

Zum Beitrag von BUSSE über die Perspektiven internationaler Sicherheit unterstützte STEINBACH vehement die Aussage zur kulturellen Komponente der Friedenspolitik. Aus der Sicht des Orientexperten erläuterte er das am Beispiel des türkischen Antrages auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, der kürzlich abgelehnt wurde. Hinter vorgehaltener Hand habe man sich in der EG-Kommission erzählt, man wolle kein islamisches Land in der Gemeinschaft. Ein anderes Beispiel sei die Affaire mit Salman Rushdies Buch über den Propheten, die er als „größten Einbruch in den Beziehungen der islamischen Welt zu Europa seit der Ägypten-Expedition von Napoleon 1798“ bezeichnete. Bedenklich sei auch die von islamischen Kräften in der Sowjetunion geäußerte Vorstellung eines territorial großzügig gedachten islamischen Separatstaates. Um neues Konfliktpotential zu verhindern, müßten alle künftigen Entwicklungen in Europa mit einem intensiven interkulturellen Dialog einhergehen. Angesichts der zunehmenden Einwanderung in Länder wie die Bundesrepublik, England und Frankreich sei dies für den Frieden nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wichtig.

Aus dem Beitrag von LÖWE wurden vor allem die eindringlichen Warnungen vor der Umweltzerstörung in der DDR und im Ostseeraum aufgegriffen. JAHN wandte sich jedoch gegen die analytische Ausweitung des Sicherheitsbegriffes auf die Ökologie, die das militärische Wesen des Sicherheitsbegriffes verwische. LÖWE betonte in seiner Erwiderung nochmals den hohen Zerstörungsgrad der Ostsee, die faktisch nur noch für Schiffe benutzbar wäre. Das ökologische Bewußtsein in der DDR-Öffentlichkeit sei, gemessen unter anderem an dem der Bundesrepublik, deutlich unterentwickelt. Die von LÖWE geforderte Entmilitarisierung der DDR hielt SENGHAAS – auch im Sinne des Genscher-Plans, der

vorsieht, den Geltungsbereich der NATO und damit die Stationierung der Truppen nicht jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik auszudehnen – kaum für machbar. Er sprach sich für ein gesamtdeutsches Bundesheer aus, das möglichst klein und möglichst ungefährlich sein sollte.

Mit der Erwidern von SENGHAAS und REETZ wurde der Komplex Sicherheit und Gesellschaft in Europa abgeschlossen. REETZ betonte, daß seine Ausführungen nicht als Anti-These zum Gesellschaftsmodell von SENGHAAS, sondern als Ergänzung und Kommentar gedacht waren. Nicht das einige Europa oder Deutschland seien das Ziel von Kritik, sondern der Weg dorthin, der nicht über die einseitige Beglückung des Ostens durch den Westen führen könne. Es ginge darum, nicht gegen Rechtsstaat und Marktwirtschaft als Prinzipien zu polemisieren oder sie osteuropäischen ordnungspolitischen Grundsätzen als unvereinbar gegenüberzustellen, sondern den Prinzipienkatalog der künftigen europäischen Gesellschaften offenzuhalten für Veränderungen, die auch mit der osteuropäischen Identität zu tun haben. An KÜHNE gewandt, merkte er an, daß man zwischen Masse und Volk in der soziologischen Qualität unterscheiden müsse. Die spontanen Massenreaktionen wurden durch viele existentielle Ängste mobilisiert, während die Menschen mit ihrem bewußteren Handeln, als Volk, der Entwicklung eine bestimmte Richtung geben wollten. Das zeige sich z.B. auch in der Veränderung der Position der DDR-SPD zum Eigentum, wo sie nunmehr als Reaktion auf verbreitete Stimmungen von einer Bewahrung der Ergebnisse der Bodenreform und der frühen Nachkriegsverstaatlichungen ausgehe. Den Aussiedlerstrom könne man nur durch eine konsequente Beseitigung der materiellen Anreize in der Bundesrepublik im Rahmen eines Sozialverbundes oder -vertrages zwischen beiden Staaten unterbinden. SENGHAAS sprach sich dafür aus, im Zuge der Einigung Europas das Entstehen neuer Hegemonialstrukturen zu verhindern. Er sah Möglichkeiten, daß die D-Mark nicht zwangsläufig zu politischer und militärischer Vorherrschaft in Europa führen müsse. Nach der künstlichen Trennung Europas durch den Kalten Krieg sei es nun wichtig, daß die Subregionen wieder schnell zusammenwachsen, wie Böhmen/Mähren mit Bayern, der Ostseeraum oder die Donauländer. Das könne der Wirtschaft der beteiligten Staaten sehr schnell zugute kommen. Des weiteren sei er dafür, davon auszugehen, daß in Osteuropa nicht der Kapitalismus gesiegt habe, sondern die Magna Charta Libertatum, das grundlegende englische Staatsgesetz über die Menschen- und Bürgerrechte von 1215, das liberale Rechtsmodell. Auch hinsichtlich der inne-

ren Entwicklung in der Sowjetunion sei die Gestaltung eines einheitlichen zivilen Rechtsraums Europa notwendig. Für Europa sei es nicht gleichgültig, ob nach einem Zerfall der Sowjetunion z.B. ein separates Baltikum in einem liberalen Europa aufgefangen werden könne. So wäre es möglich, den zivilen gegen den autoritären Gesellschaftsweg zu unterstützen. Die sicherheitspolitische Botschaft für den außereuropäischen Raum würde in der Entlegitimierung der Gewalt, in der Wirkung des Beispiels ohne zivilisatorische Missionierung liegen. Frieden müsse zu einer praktischen Kunst werden, ohne Gewalt Konflikte zu lösen.

Beim Meinungsaustausch zu den Beiträgen von ROBBE und BROCK stand noch einmal die historische und globale Wirkung der europäischen Ereignisse im Mittelpunkt. Dabei gingen mehrere Teilnehmer auf die Sozialismus-Debatte ein. Es sei notwendig zu überlegen, warum sich der bisherige Realsozialismus vor allem in den rückständigen Ländern etablierte. DRECHSLER fand es wichtig, sozialistische Alternativen weiterzudenken. Er wies auf die Heterogenität bisheriger und möglicher künftiger Sozialismus-Modelle hin. REETZ meinte, daß die Wirkung des „Frühsozialismus“ noch zu positiv bewertet werde. Es sei zu bezweifeln, ob die alten Entscheidungsmechanismen eine Reformierung von innen ohne die eingetretenen Erschütterungen überhaupt zugelassen hätten. Wirtschaftliche und politische Innovationskräfte wurden strukturell unterdrückt und zerstört. Das Primat der Politik über die Ökonomie, wie von vielen heute noch Sozialismus verstanden werde, habe sich in Osteuropa verheerend ausgewirkt: Wirtschaftliche Entscheidungen wurden Prestige- und Machtdenken kleiner Führungsgruppen untergeordnet. Wenn man den Fortschrittsbegriff neu durchdenke, wie ROBBE fordert, müsse man sich fragen, ob der Kapitalismus gegenüber dem „Frühsozialismus“ nicht das eindeutig größere Fortschrittspotential dieses Jahrhunderts aufweise. Das betreffe nicht nur die Produktivkraftentwicklung, sondern auch die Fähigkeit der Systeme, Alternativen und Korrekturen aus sich heraus zu produzieren. Dabei sei an wesentliche neue Elemente der modernen politischen Kultur wie die Grüne Bewegung erinnert. Beide Systeme hätten Destruktiv- und Konstruktivpotential hervorgebracht, doch seien in Osteuropa das Destruktive des „Frühsozialismus“ und das Konstruktive des Kapitalismus unterschätzt worden, während es in Westeuropa wahrscheinlich umgekehrt sei.

Zur Entwicklung in der Dritten Welt wies WEIDEMANN darauf hin, daß viele Asiaten an die negativen Folgen der jüngsten Ereignisse denken und die Gefahr einer „superpower collusion“ sehen. Daraus würden sie eine Einschränkung des Handlungsspielraums der Nichtpaktgebun-

denen ableiten, die vielleicht als Blockfreiheit mit den Blöcken untergehe. Dem hielt ROBBE in seiner Erwiderung entgegen, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenen auch ohne Pakte genügend Substanz habe, etwa in der Überwindung der Unterentwicklung, die sie auf längere Sicht zusammenhalte.

Kritisch wurde die These von BROCK bewertet, das „liberale Projekt“ habe auch für die Dritte Welt belegt, eine Konflikttransformation sei wirksamer als der Versuch der Konfliktauflösung, wofür BROCK als Beispiel anführte, daß im Kapitalismus die innere Konfliktbewältigung nicht durch egalitäre Umverteilung, sondern durch höhere Wachstumsdynamik erfolge. REETZ bezeichnete eine solche Sicht als eurozentristisch, da es in der Dritten Welt im Unterschied zu Europa ein anderes Ausgangsniveau der Einkommensunterschiede gäbe; es gehe dort nicht um Wohlstand, sondern um Existenzprobleme, so daß neben notwendigem Wachstum eine Umverteilung unvermeidbar sei, um Teile der Bevölkerung am Leben zu halten.

In ihren abschließenden Bemerkungen zum Verlauf des Kolloquiums hoben SENGHAAS und ROBBE die Nützlichkeit des Treffens hervor, dessen Chance gerade in dem besonderen Zeitpunkt unmittelbar nach den osteuropäischen Veränderungen lag. Zugleich war es ein glücklicher Versuch, eine Verständigung zwischen Geistes- und Sozialwissenschaftlern unterschiedlicher Herkunft einzuleiten. Man stellte beiderseits fest, daß damit ein eigentlich unnatürlicher Zustand des Getrenntseins zu Ende gehe. Die DDR-Kollegen registrierten als angenehm, daß der allgemeine Ton nicht durch ein Sieger-Besiegten-Verhältnis bestimmt wurde, sondern daß eine, trotz der nicht ausbleibenden Unterschiede und Gegensätze in den Auffassungen und Konzepten, freundliche bis freundschaftliche Atmosphäre vorherrschte. Das wichtigste Ergebnis war vielleicht die Erkenntnis, daß man von beiden Seiten aufeinander zugehen müsse und auch könne, indem man sich aktiv einbringe, ohne sich selbst aufzugeben. In diesem Sinne hofften alle auf eine baldige Fortsetzung dieser Gespräche.

Dietrich REETZ

Teilnehmerverzeichnis

Babing, Alfred (1935), Dr. phil., Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin;

Badstübner, Rolf (1928), Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Wissenschaftsbereiches DDR-Geschichte am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (im folgenden: AdW), Berlin;

Brade, Klaus (1940), Dr. phil., Institut für Allgemeine Geschichte der AdW, Berlin;

Brock, Lothar (1939), Dr. phil. habil., Professor für Politikwissenschaften, insbesondere Internationale Beziehungen, an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.; Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M.;

Busse, Hartwig (1936), Prof. Dr. sc. pol., Lehrstuhl für Theorie der internationalen Beziehungen an der Hochschule für Recht und Verwaltung, Potsdam-Babelsberg;

Drechsler, Karl (1932), Prof. Dr. sc. phil., Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der AdW, Berlin;

Geiss, Imanuel (1931), Dr. phil. habil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen;

Hagen, Michael (1939), Dr. phil., Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Berlin;